



MALXE BLATT

mit Herz und Schnauze



10/2013

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung



Liebe Leserinnen und Leser des Malxeblattes,

die Bundestagswahl ist vorbei. Die Ergebnisse werden sicher große Auswirkungen auf die politische Kultur in der Bundesrepublik haben.

Auch in Forst hat DIE LINKE gegenüber der Bundestagswahl von 2009 von 24,1 Prozent auf 22,7 Prozent leicht verloren. Für kritische LINKE ist das aber trotzdem ein sehr gutes Ergebnis, wenn man an das »sich-mit-sich-selbst-beschäftigen« in der Führungsspitze der LINKEN bis vor gut einem Jahr sowie an das »Übermerkeln« der ganzen Bundesrepublik denkt.

Die Arbeit unserer Partei, nicht nur in der Landes- wie Bundespolitik, sondern auch die unserer Abgeordneten in der Stadtverordnetenversammlung Forst wie im Kreistag sowie das Wirken der LINKEN vor Ort haben dafür gesorgt, dass wir in

Vielen Dank!

Forst und Umgebung dieses doch sehr gute Ergebnis geschafft haben.

Ihnen, liebe Wählerinnen und Wähler unserer Partei, möchten wir für ihr Vertrauen recht herzlich danken. Denn auch mit ihren Stimmen ist es gelungen, dass unsere Direktkandidatin Birgit Wöllert über die Landesliste der LINKEN in den Bundestag gewählt wurde, obwohl sie das Direktmandat nicht erlangte.

Gleichzeitig bedanken wir uns bei den vielen Sympathisanten und Mitgliedern unserer Partei, die sich so aktiv am Wahlkampf beteiligten und diesen mit einer Spende unterstützten.

Ich kann Ihnen versprechen, dass wir als Partei DIE LINKE auch zukünftig das soziale Gewissen in Deutschland bleiben werden. Und dabei ist es egal, ob wir zusammen mit der SPD und Bündnis90/Die Grünen in einer Regierung arbeiten werden oder gegen eine Große

Koalition oder Schwarz-Grün weiter die einzige Opposition im Bundestag bilden, was ich eher als wahrscheinlich ansehe. Sie, liebe Leserinnen und Leser des Malxeblattes, werden es noch nicht bemerkt haben, aber wir befinden uns schon wieder im Wahlkampf. Nächstes Jahr sind Europawahlen, Landtags- und Kommunalwahlen. Und auch da muss DIE LINKE Farbe bekennen. Farbe bekennen als die Partei der Rentengerechtigkeit, als die Partei des Mindestlohnes, als die Partei der Solidarität. Wir werden dabei unser Bestes tun. Ich hoffe, dass Sie uns auch zukünftig in unserer Politik unterstützen werden.

Karsten Fedrich
Vorsitzender des Ortsvorstandes Forst
DIE LINKE

Spruch des Monats

»Wahlen allein
machen noch keine Demokratie.«

Barack Obama



... sagt der Bauer, und das meint auch der Forster Finanzvorstand Jens Handreck. Deshalb beschäftigte sich die Stadtverordnetenversammlung auf ihrer letzten Sitzung mit der Erhöhung des Essengel-

des an den städtischen Schulen und mit der Anhebung des Elternbeitrages in Horten und Kitas.

Die Mehreinnahmen von 14.500 Euro zu Lasten der Familien sind wirklich ein riesiger Beitrag zum Füllen des 30-Millionen-Euro-Haushaltslochs.

Seit Jahren ist es das Ziel der LINKEN, genau in diesem Bereich für Entlastung statt für Belastung zu sorgen. Es geht nicht nur um 8 Cent täglich mehr für Schulessen, sondern um ein Zeichen, was uns in dieser Stadt wirklich wichtig ist. Wer heute ein Familieneinkommen von mehr als 35.000 Euro im Jahr hat, zahlt in Forster Kinderreinrichtungen

Kleinvieh macht auch Mist ...

den Höchstbetrag für die Betreuung. Das bedeutet, dass Familien mit einem mittleren Einkommen ihr Kindergeld fast komplett in Kita und Hort abliefern dürfen. Zuvor wird es allerdings noch zum Einkommen dazugerechnet. Sozialpolitik geht anders. In den Kindereinrichtungen heißt es dann wieder, das haben die Stadtverordneten so gewollt. Richtig ist natürlich, dass CDU, SPD, FDP und »Für Forst« den Vorlagen zugestimmt haben. Aber ohne Antrag des Bürgermeisters und der Verwaltungsspitze hätte es diese Abstimmung nie gegeben.

In Forst kommt es ja immer mehr in Mode, alle negativen Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung anzulasten und andererseits alle Heldentaten der Rathauspitze zuzuordnen.

Die relativ hohe Besucherzahl zum Rosengartenjubiläum und die daraus entstandenen Mehreinnahmen könnten doch

gut auch dazu dienen, den Bürgerinnen und Bürgern in der Stadt die eine oder andere Beitragserhöhung zu ersparen, aber dafür gäbe es natürlich deutlich weniger Aufmerksamkeit in den Medien. ➤ S. 2

In eigener Sache Ehrenamtlicher Helfer gesucht!

Für die Verteilung des Malxeblattes im Bereich Stadtmitte suchen wir dringend einen zuverlässigen Helfer. Wer hat Interesse und möchte einmal im Monat etwas Freizeit in eine gute Sache investieren? Bitte melden unter Telefon 03562 665648 oder dienstags direkt in unserer Geschäftsstelle, Berliner Straße 22, vorsprechen. Danke!

Kleinvieh macht ...

(Fortsetzung von Seite 1)

In der letzten Ausgabe des Malxeblatts hatte ich über die Anfrage an die Kommunalaufsicht zur Vergabe von Leistungen im Zusammenhang mit dem Rosengartenjubiläum berichtet. Hierzu sollte die Stadt entsprechende Unterlagen an das Kontrollorgan des Landkreises übersenden. Bis zur Sitzung der SVV im September war dies nicht geschehen. Wir haben natürlich auch den Beschluss der SVV

und den vom Bürgermeister unterzeichneten Vertrag verglichen und wesentliche Unterschiede gefunden. Natürlich werden wir für eine Bewertung das offizielle Untersuchungsergebnis der Kommunalaufsicht abwarten. Ob der Bürgermeister nun will oder nicht, die Unterlagenzustellung kann er vielleicht verzögern, verhindern aber kann er sie nicht.

Wie schnell der Vorsitzende der SVV, Herr Tischer, arbeiten kann, zeigte sich in der letzten Sitzung der SVV als ich einen Fehler gemacht habe. Die ursprüng-

liche Vorlage zur Gründung der Unternehmensgesellschaft im Juni 2011 war im nicht öffentlichen Teil der Sitzung beschlossen worden und nicht wie von mir behauptet im öffentlichen Teil. Schon drei Tage später bekamen alle Stadtverordneten Post ihres Vorsitzenden, in der er meinen Fehler widerlegte. Dies war korrekt, aber noch besser wäre es, wenn diese Maßstäbe für alle gelten würden.

Ingo Paeschke
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE
in der SVV Forst

LINKE will Mehrheit für Mindestlohn im Bundestag nutzen

Schwarz-Gelb ist abgewählt, im Bundestag haben DIE LINKE, Grüne und SPD eine Mehrheit von 319 zu 311 Stimmen. Noch offen ist, mit wem CDU/CSU künftig eine Koalition bilden werden, doch sozialer Fortschritt ist weder von einer Großen Koalition noch von Schwarz-Grün zu erwarten. Katja Kipping, Bernd Riexinger und Gregor Gysi haben sich deshalb mit ei-

nem Brief an die Partei- und Fraktionsvorsitzenden von SPD und Grünen gewandt. Angesichts der Tatsache, dass die Regierungsbildung noch einige Zeit benötigen wird, haben sie vorgeschlagen, »das vorhandene Zeitfenster und unsere gemeinsame parlamentarische Mehrheit zu nutzen, um Projekte umzusetzen, die wir den Wählerinnen und Wählern im Wahlkampf fast gleichlau-

tend versprochen haben.« Konkret schlagen sie die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns und die Abschaffung des Betreuungsgeldes vor. Die künftige Regierung will DIE LINKE dann mit einem »100-Tage-Oppositionsprogramm« treiben, das die zentralen Forderungen der LINKEN aus ihrem Wahlprogramm umfasst.

Lucky Loser – Glückliche Verlierer

8,6 Prozent zur Bundestagswahl und 1,4 Millionen Wähler weniger sind ein herber Verlust für DIE LINKE. Trotzdem sind wir nicht unzufrieden. Nach den heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen in den vergangenen zwei Jahren hat sich die Partei nun endlich wieder zusammengerissen und wir sind, wenn auch gebeutelt, drittstärkste Kraft in Deutschland.

Leider haben wir in Brandenburg alle unsere Direktmandate verloren. Das ist nicht gerade als Erfolg zu werten. Im Wahlkreis Cottbus/Spree-Neiße kam noch dazu, dass mit Herrn Nešković unser Wahlkreissieger von 2009 gegen DIE LINKE antrat. Aber selbst wenn man die Stimmen von Nešković und Birgitt Wöllert addiert (was politisch nicht korrekt ist), hätte die CDU mit Klaus-Peter Schulze den Wahlkreis immer noch gewonnen.

22,6 Prozent aller Zweitstimmen in Brandenburg reichten für fünf Sitze im Bundestag. Birgitt Wöllert aus Spremberg wird uns nun in Berlin vertreten. Aus der Regierungsverantwortung im brandenburgischen Landtag geht es jetzt in die Opposition im Bund. Die Forster LINKE wünscht dafür schon mal viel Erfolg.

Viel heftiger als Die LINKE aber hat es die SPD in Brandenburg getroffen. Nur einen Wahlkreis konnte sie knapp für sich retten. Der Wähler hat vier Jahre als Opposition im Bund genauso wenig gewürdigt, wie zuvor vier Jahre Regierungsbeteiligung mit der CDU. Wahlversprechen, wie Mindestlohn und gerechtere Steuern, sind bei Ausschluss ei-

ner Rot-Rot-Grünen Koalition offensichtlich nicht glaubwürdig. Die Entlassung der FDP aus bundespolitischer Verantwortung muss hier nicht mehr kommentiert werden. Es war einfach höchste Zeit.

Zu welcher Koalition das Wahlergebnis führen wird, bleibt sicher noch länger ungeklärt. Schwarz hat gesiegt, aber keine absolute Mehrheit. Die linke Mehrheit im Bundestag repräsentiert allerdings nicht die Mehrheit der Wähler. Dies ist sicher ein starkes Argument für die CDU in kommenden Verhandlungen. Wir als LINKE werden mit diesen Verhandlungen wenig zu tun haben, aber wir werden Grüne und SPD mit ihren Wahlaussagen konfrontieren, wo immer es notwendig ist.

Die Sozis haben die Hürden für eine Koalition mit der CDU formal sehr hoch gelegt, das lässt eher eine Schwarz-Grüne Koalition erwarten. Die Grünen streben ja sowieso die Rolle als Ersatz-FDP an und vielleicht rächt sich das dann in vier Jahren.

Für DIE LINKE allerdings wäre eine Koalition aus CDU und SPD die interessantere Konstellation. Wir wären dann Oppositionsführer und hätten deutlich bessere Möglichkeiten, linke Politik im Bundestag darzustellen. Daran kämen dann auch die Nachrichtensendungen der öffentlichen und privaten Medien nicht mehr vorbei. Für die kommenden Europa- und Kommunalwahlen am 25. Mai 2014 nicht die schlechteste Ausgangsposition, aber vielleicht gibt es bis dahin immer noch keine handlungsfähige Regierung.

Ingo Paeschke

Unser Service für Sie:

Auf unserer Internetseite, www.die-linke-lausitz.de/partei/ov_forst, veröffentlichen wir, in Abstimmung mit der Handwerkskammer Cottbus, ab sofort **freie Lehrstellen** vorwiegend im Landkreis Spree-Neiße.

Wir möchten damit die Bemühungen junger Menschen um eine gute Chance für den Start ins Berufslebens unterstützen. Also einfach mal nachschauen!

Muttis Hände

nach Kurt Tucholsky

*Hast den Gutti jegrillt
und den Röttgen jekocht,
dem Wulff vollst vertraut bis zum Ende,
hast den Rösler jekillt
und den Merz ausjeknockt –
Allet mit Muttis Hände!*

*Hast die Wehrkraft zersetzt
und das Stromnetz zerfetzt,
die Tasche trugst du behände.
Hast die Banker jehert
und den Hartzi jeschmerzt –
Allet mit Muttis Hände!*

*Hast die Suppe jerührt
und den Kohl ignoriert –
biste auch uns nicht mehr böse?
Denn nun stehn wir bei dir,
unserem Mutti-Tier –
und du zeigst uns stolz deine Raute!*

Matti Friedrich
Eulenspiegel 10/13

Bessere Arbeitsmarktdaten sind kein Erfolg zum Ausruhen – Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen!

Zu den Arbeitsmarktzahlen für September erklärt der arbeitsmarktpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg, Dr. Andreas Bernig:

Im Vergleich zum Vormonat sind im September 2994 Menschen weniger arbeitslos gemeldet. Abgesehen von der damit noch immer viel zu hohen Zahl, fallen bei dieser verkürzten Darstellung der Statistik aber vor allem auch die Menschen 'hinten runter', die uns an erster Stelle interessieren müssen! Denn trotz sinkender Zahl der Arbeitslosen und Langzeitarbeitslosen in den absoluten Werten ist die Schere zwischen beiden Betroffenen-Gruppen wei-

ter auseinandergegangen. Im September ist der prozentuale Anteil der Langzeitarbeitslosen auf 42,1 Prozent gegenüber August mit 41,7 Prozent, d. h. um 0,4 Prozent gestiegen. Dazu müssten weitere 41 729 Menschen zur offiziellen Zahl hinzugezählt werden: Dies sind die lediglich in Maßnahmen der Arbeitsagenturen 'geparkten' sowie die arbeitslosen Erwerbsfähigen, die mit über 58 Lebensjahren als zu alt 'abgestempelt' werden – ihnen scheint man keine Reintegration in den Arbeitsmarkt mehr zuzutrauen. Dabei liegt gerade auch hier ein Reservoir für die dringend erforderliche Deckung des wachsenden Fachkräftebedarfs. Zur Frage der nach-

haltigen Wiederheranführung von Langzeitarbeitslosen mit verschiedenen Vermittlungshemmnissen an den Arbeitsmarkt – sowie ihrer gesamtgesellschaftlichen Integration – wurde in der vergangenen Landtagssitzung, am 26.09.2013, ein Entschließungsantrag angenommen (Drucksache 5/7996). Wir werden uns auch weiterhin u. a. für die Neuaufgabe eines nachhaltigeren und zukunftsfähigeren Konzepts des Öffentlichen Beschäftigungssektors in Form des sozialen Unternehmens einsetzen, der durch Bundes-, Landes- und EU-Mittel zu finanzieren ist.

DIE LINKE, Brandenburg

1. Oktober 2013

Niemand hat die Absicht, die Steuern zu erhöhen

»Bis Sonntag waren Steuererhöhungen Gift, heute ist die Situation für die Union offensichtlich eine andere. Zumindest für einen kurzen Moment muss die CDU erkennen, dass ihre Wahlaussagen von gestern heute zu Wahllügen werden, weil sie mit der Realität im Lande nichts zu tun haben. Nur die Wähler wurden getäuscht«, erklärt Dietmar Bartsch, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. Bartsch weiter: »Weil SPD, DIE LINKE und GRÜNE ihren Wählern eine andere Steuerpolitik versprochen haben, sieht sich die CDU unter Zugzwang, potentielle Koalitionspartner mit einer möglichen Erhöhung des Spitzensteuersatzes zu umwerben. Generalsekretär Gröhe wird zitiert, demotiert halbherzig, die Pokerrunde ist eröffnet.

Eine 'moderate' Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 45 oder 49 Prozent ist weder ausreichend noch mutig. Es bleibt nicht nur deutlich hinter dem Steuersatz zu Zeiten Helmut Kohls zurück, sondern verhindert damit auch eine wirkliche Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen. DIE LINKE fordert deshalb in ihrem Steuerkonzept für mehr Gerechtigkeit eben jene 53 Prozent, um Mittelstandsbauch und kalte Progression in der Einkommensteuer beseitigen zu können, ohne die Kommunen endgültig in die Pleite zu schicken.

Als Einzelmaßnahme zur Überredung eines Koalitionspartners – verbunden mit einem Kuhhandel für den Bundesrat – mag es reichen: ein Steuerkonzept ist es nicht, ein gerechtes schon gar nicht.«

26.09.2013

Familienpolitik ist zur Klientelpolitik verkommen

»Die Kritik der Wirtschaftsforschungsinstitute ZEW, DIW und Ifo an der Familienpolitik der vergangenen Jahre ist absolut berechtigt. Unter den letzten Bundesregierungen, gleich welcher Couleur, ist Familienpolitik zur reinen Klientelpolitik verkommen«, erklärt Diana Golze. Die Leiterin des Arbeitskreises Arbeit, Gesundheit und Soziales der Fraktion DIE LINKE weiter:

»An die Stelle sozialorientierter Familienpolitik ist eine Politik der sozialen Ausgrenzung getreten. Familien mit geringem oder gar keinem Erwerbseinkommen wurden Stück für Stück von familienpolitischen Leistungen ausgeschlossen. Wer eine solche Politik betreibt, schafft sozialen Unfrieden.

Die Liste der zu bewältigenden Probleme ist lang. Sie reicht von der Abschaffung des Betreuungsgelds über den weiteren Ausbau qualitativ hochwertiger Kindertagesbetreuung, die Verstärkung der Maßnahmen für Alleinerziehende und flexible Arbeitszeiten für Familien bis hin zur Bekämpfung von Familien- und insbesondere Kinderarmut. Moderne Familienpolitik muss die soziale Absicherung aller Familien im Blick haben und für gesellschaftliche Rahmenbedingungen sorgen, die Familien unterstützt statt sie zu verunsichern oder gar zu schwächen. Für die beiden wahrscheinlichen Regierungskonstellationen Schwarz-Rot und Schwarz-Grün sehe ich keinen Politikwechsel in diese Richtung, ich sehe nur Schwarz.« 02.10.2013



Gefunden bei Volksbetrug.net, Karikatur: Klaus Stüttmann

Newsletter

Merkel schaufelt neue Milliardengräber

»Die Bundesregierung hat die Pflicht, die Öffentlichkeit endlich darüber zu informieren, wie das dritte sogenannte Hilfspaket für Griechenland finanziert werden soll«, kommentiert Sahra Wagenknecht die Äußerungen des ESM-Chefs Klaus Regling zu einem neuen Hilfspaket im nächsten Jahr. Die Erste Stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE weiter:

»Den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern werden von der Merkel-Regierung neue Milliardenrisiken aufgezwungen. Dabei ist inzwischen jedem klar, dass Griechenland seinen gigantischen Schuldenberg nicht mehr zurückzahlen kann. Ein drittes sogenanntes Hilfspaket käme einer erneuten Vertretung von öffentlichen Mitteln gleich. Gerettet wurden mit den bisherigen Milliarden Banken, nicht Menschen. Das

ist durch die schreckliche soziale Situation in Griechenland offensichtlich. — DIE LINKE fordert, den Schaden für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Europa zu begrenzen, indem die verbliebenen privaten Forderungen – größtenteils von Banken und Hedgefonds – nicht mehr bedient werden. Die Sozialkürzungspolitik muss zurückgenommen und eine europaweite Vermögensabgabe zur Senkung der Staatsschulden eingeführt werden.«

04.10.2013

Datenschutz im 21. Jahrhundert

Bundes- und Landesdatenschützer fordern von der künftigen Bundesregierung einen umfassenden Datenschutz. Dazu erklärt Petra Pau, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE und im Innenausschuss.

Vor einem Vierteljahr wurde der NSA-Datenskandal publik. Seither hat sich nichts geändert. Es gibt nicht einmal eine kritische Bestandsaufnahme durch die Bundesregierung. Dabei drängt es seit langem: Das Datenschutzrecht muss endlich im 21. Jahrhundert ankommen. Geschieht dies nicht, werden Bürgerrechte und die Demokratie geschleift.

02.10.2013

PINNWAND

Termine

in der Geschäftsstelle, Berliner Straße 22

Mi., 16.10.: 18:30 Uhr **AG Soziales**
 Di., 22.10.: 19:00 Uhr **Sitzung Stadtfraktion**
 Di., 29.10.: 18:30 Uhr **Ortsvorstandssitzung**
 Mo., **11.11.**: 18:30 Uhr **AG Malxeblatt**
 Di., 19.11.: 18:30 Uhr **Sitzung Stadtfraktion**
 Mi., 20.11.: 18:30 Uhr **AG Soziales**

Nächste Treffs »Linksrum«:
 am Donnerstag, dem 24.10. um 18:30 Uhr
 in der Geschäftsstelle, Berliner Straße 22

Angst um Merkel

Angela Merkel erhielt von Ärzten den Rat, dringend mehr für ihre Fitness zu tun. Im Wahlkampf war sie oft einem Sekundenschlaf erlegen. Merkel dagegen gab die Verantwortung hierfür an die SPD weiter.

Björn Brehe

Geburtstag

22.10.: 70 Jahre Johanna Spaarschuh

*Herzlichen Glückwunsch,
 unserer Jubilarin, auch all jenen,
 die hier nicht genannt sind!*

Investition Zukunft

Hartz-VI-Empfänger erhalten zukünftig acht Euro mehr. Bundesarbeitsministerin von der Leyen rät den Beziehern allerdings, nicht gleich das ganze Geld auf einmal auszugeben, sondern auch etwas für schlechte Zeiten zurückzulegen. **MK**

Rechtsberatung

am Sonntag, dem 26.10. und 23.11.13,
 jeweils ab 14 Uhr in der
 Geschäftsstelle der LINKEN,
 Berliner Straße 22, Forst.

Terminvereinbarung
 telefonisch (78 52) oder persönlich jeweils
 Mo. 10 – 14 Uhr, Di. u. Do. 9 – 12 u. 14 – 17 Uhr



Aus »Eulenspiegel« Nr. 10/13

Spähaffäre

Aus Empörung über die NSA-Bespitzelung haben nun Brasilien und Mexiko die amerikanischen Botschafter zu sich einbestellt. Die Kanzlerin tat es ihnen gleich, um sich für die NSA-Kritik der Opposition zu entschuldigen.

Erik Wenk

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
 Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
 V. i. S. d. P.: Karsten Fedrich

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst
 Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
 oder im Internet: www.dielinke-lausitz.de
 E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de
 Lesermeinungen und Artikel auch unter E-Mail:
malxeblatt@gmx.de

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
 Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.